

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

## Die verspätete Nation

Band 1/118: 05.01.1919 – 22.06.1919

1919

Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag.

*Johannes Giesberts (1865-1938, deutscher Politiker)*

**05.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 5. Januar 1919 entschließen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angreifen, läßt Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

**10.01.1919**

**Frankreich:** Der französische Marschall Ferdinand Foch (1851-1929, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schreibt am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

**15.01.1919**

**Deutsches Reich:** Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte (Ausnahme: Ermordung Wallensteins), ereignen sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg werden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/15-17): >>**Schüsse im Tiergarten**

*\_von Martin Müller-Mertens*

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen Anfang 1919 vor dem politischen Aus. Ihre Ermordung machte sie zu Säulenheiligen der kommunistischen Bewegung. ...

**Die Leiche im Landwehrkanal**

... Wenige Tage nach Niederschlagung des Januaraufstandes wurden die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands am 15. Januar in der damals selbständigen Stadt Berlin-Wilmersdorf verhaftet. Dort wie in der nahe gelegenen Hauptstadt beherrschte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Straßen. Als einer der letzten intakten Großverbände des Heeres exekutierte sie das Bündnis zwischen SPD-geführter Übergangsregierung und Militärs.

Im Berliner Eden-Hotel, wo der Stab der Division stationiert war, wurden die KPD-Gründer

verhört und schwer mißhandelt. Zuvor durch den Jäger Otto Wilhelm Runge bereits bewußtlos geschlagen, wurde Luxemburg schließlich mit einem aufgesetzten Schläfenschuß regelrecht hingerichtet, während die Täter sie zum Tiergarten fuhren und in den Landwehrkanal warfen.

Am 13. Juni wurden sterbliche Überreste in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt, die Luxemburgs Vertraute Mathilde Jacob zuvor identifiziert hatte. Jedoch tauchte im Jahr 2007 im Keller des Berliner Krankenhauses Charité eine vergessene Wasserleiche auf. Der Chef der dortigen Rechtsmedizin, Michael Tsokos, hält sie für Luxemburg. Eine DNA-Überprüfung steht bis heute aus.

Kugeln aus den Pistolen von Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, Leutnant zur See Heinrich Stiege, Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen und Leutnant Rudolf Liepmann beendeten im Berliner Tiergarten fast zeitgleich das Leben Liebknechts - von hinten und angeblich auf der Flucht. Am Verbleib der Leiche gibt es keinen Zweifel. Gemeinsam mit 31 Toten der Januarkämpfe wurde sie am 25. Januar ebenfalls in Friedrichsfelde beerdigt. Zehntausende folgten der Prozession zum damaligen Berliner Armenfriedhof.

### **Luxemburg hatte die Oktoberrevolution begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin.**

Die Soldaten handelten nicht auf eigene Initiative. Ihre Befehle erhielten sie von Waldemar Pabst, damals Erster Generalstabsoffizier der Division. Noch 1969, wenige Monate vor seinem Tod, hielt Pabst die Tat für einen Dienst an der Nation. "Tatsache ist: Die Durchführung der von mir angeordneten Befehle ist leider nicht so erfolgt, wie es sein sollte. Aber sie ist erfolgt, und dafür sollten diese deutschen Idioten Noske und mir auf den Knien danken", schrieb er in einem Privatbrief.

Tatsächlich hatten die Liquidierungen jedoch keinerlei Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Luxemburg und Liebknecht standen Anfang 1919 längst auf dem politischen Abstellgleis und verfügten selbst in ihrer KPD kaum über echten Einfluß. Daß sie die Führer der auch Spartakusaufstand genannten Januarkämpfe waren, ist reine Legende: Luxemburg lehnte die spontan entstandene Rebellion vehement ab, Liebknecht unterstützte sie aus rein taktischen Gründen und versuchte erfolglos, Volksmarinedivisionen zu mobilisieren. Erst ihr Tod machte Luxemburg - weit mehr als Liebknecht - bis heute sowohl zur Mutter Courage als auch zur Jeanne d'Arc nahezu aller sozialistischen wie kommunistischen Gruppen.

### **Der Niedergang**

Dabei hatte der Herbst 1918 für die beiden Politiker eigentlich hoffnungsvoll begonnen. Der 1871 in Leipzig geborene Liebknecht war im Oktober aus der Haft entlassen worden. In Berlin bereitete er eine Revolution vor, doch der Kieler Matrosenaufstand am 8. November kam ihm zuvor. Die wahrscheinlich 1871 im galizischen Zamosc zur Welt gekommene Rozalia Luksenburg - die heute gebräuchliche Variante Luxemburg geht auf einen behördlichen Schreibfehler zurück, ihr amtliches Geburtsdatum bezeichnete sie selbst als Fälschung - verließ an jenem 8. November das Breslauer Gefängnis.

In Berlin trat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), deren Mitglieder beide waren, zwei Tage später der Übergangsregierung Rat der Volksbeauftragten bei. Liebknecht organisierte im unzufriedenen linksradikalen Flügel der USPD den Spartakusbund. Er sollte nur Wochen später zum Kern der Kommunistischen Partei werden.

Luxemburg selbst betonte am 14. Dezember in der Zeitung Die Rote Fahne, man werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes". Doch dieser unzweideutige Wille war nicht zu erkennen.

Bei den Wahlen zum Reichsrätekongreß, der die Weichen zur Weimarer Republik stellte, er-

litten die Spartakisten eine krachende Niederlage. Liebknecht und Luxemburg durften nicht einmal als Gäste teilnehmen. Letztere hatte die Oktoberrevolution in Rußland begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin und seinen Genossen. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki betrachtete sie als Verrat an der Revolution.

Nach ihrem Bruch mit der USPD vereinigten sich die Spartakisten am 31. Dezember 1918 mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) zur Kommunistischen Partei. Luxemburg und Liebknecht waren deren Gesichter, doch den Ton gaben andere an. Luxemburg hatte sogar den Namen KPD abgelehnt, um die Unabhängigkeit der Deutschen von den russischen Bolschewiki zu betonen. Deren Instrukteur in Deutschland, Karl Radek, überzeugte die neue Partei jedoch nicht nur in diesem Punkt, sondern auch von dem durch Luxemburg strikt abgelehnten Putschismus. Sie und Liebknecht plädierten nun für die Teilnahme der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung und damit deren Beteiligung am parlamentarischen System. Maßgeblich die Kräfte der IKD setzten jedoch den Boykott durch.

Faktisch überstand die KPD ihre ersten beiden Jahre nur mühsam als halblegale und tief zerstrittene Politsekte. Erst die Abspaltung der utopistischen Fraktion als Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) im Oktober 1920 und die Vereinigung mit der USPD im darauffolgenden Dezember machte aus der KPD eine Massenpartei, die sich bald als Marionette Moskaus gefiel. Luxemburgs Mitstreiter Paul Levi wollte diesen Weg nicht mitgehen. 1921 wurde er aus der Partei geworfen.

### **Gab Noske den Befehl?**

Während der Mord an Liebknecht aufgeklärt ist, bleiben die letzten Augenblicke im Leben Luxemburgs verworren. Wer den tödlichen Schuß abgab, konnte in einem von Vertuschungen dominierten Militärprozeß nicht ermittelt werden. Als Täter galt zunächst Oberleutnant Kurt Vogel. Zwei Jahre später erinnerte sich der Fahrer des Wagens, ein Soldat namens Janschkow, bei dem Schützen habe es sich um Leutnant Hermann Souchon gehandelt. Das behauptete auch Waldemar Pabst 1959 gegenüber dem Chef des Verfassungsschutzes, Günther Nollau. Souchon selbst stritt die Tat jedoch bis zum Ende seines Lebens 1982 ab.

Unklar ist vor allem, ob Pabst auf eigene Initiative handelte oder seine Order vom sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine - damit de facto Reichswehrminister - Gustav Noske erhielt. 1962 brüstete er sich noch mit der Entscheidung, für die ihm Noske lediglich gedankt haben soll. In seinen Memoiren läßt er den SPD-Mann auf die Bitte um einen Mordbefehl sagen: "Das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Maßnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben." Schließlich habe Noske erklärt, Pabst müsse "selbst verantworten, was zu tun" sei.

In Pabsts Nachlaß fand sich jedoch die Abschrift eines Briefes aus dem Jahre 1969: "Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte - mit Ebert im Hintergrund - und auch meine Offiziere schützen mußte, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, daß ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit."

Gustav Noske konnte dieser Darstellung nicht mehr widersprechen, er starb 1946. Vermutlich deutete er 1919 tatsächlich eher vage an, was Pabst dann aber durchaus richtig verstand.

***"Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte, ist klar."***

Waldemar Pabst

Noske ist bis heute in der SPD umstritten, Pabst weitgehend vergessen. Luxemburg und Liebknecht dagegen leben als kommunistische Ikonen fort. Der Jahrestag ihrer Ermordung ist immer noch Anlaß für die einzige gemeinsame Manifestation der sonst tief zerstrittenen Szene. "Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wird die Hand", singen sie trotzig in die Kälte des Januars.<<

Im Verlauf des Spartakusaufstandes kommen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

Karl Radek (eigentlicher Name: Sobelsohn, 1885-1939?) und andere deutsche Kommunisten fliehen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wird der Trotzkiist Radek nach Sibirien verbannt (1933) und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert ("Prozeß der 17").

**18.01.1919**

**Frankreich:** Am 18. Januar 1919 werden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden, nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

### **Die Pariser "Friedensverhandlungen"**

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die französischen "Friedenspläne" nach dem Ersten Weltkrieg (x291/33-34): >>... In Frankreich wurde der Ausgang des Krieges damals überwiegend als französischer Sieg verstanden und gefeiert. Nachdem man lange um den Sieg gebangt und schon einer Niederlage ins Auge gesehen hatte, war die Erleichterung über den schließlichen Erfolg ungeheuer; und nachdem man von allen Verbündeten am meisten unter diesem Krieg zu leiden gehabt hatte, glaubte man nur zu gern, auch den größten Anteil an diesem Sieg zu haben. Entsprechend groß waren die Erwartungen, die man in die Friedensverhandlungen setzte.

Der Friedensvertrag sollte nicht nur sichere Garantien gegen einen erneuten deutschen Angriff und damit gegen eine Wiederholung der Kriegsleiden enthalten; die Deutschen sollten auch für alle erlittenen Verluste aufkommen, und sie sollten darüber hinaus durch ihre Kontributionen (Geldleistungen) ein Wiederanknüpfen an die Vorkriegsverhältnisse ermöglichen, die in der Erinnerung vielfach zur "Belle Époque" ("Schöne Epoche", von etwa 1890-1914) verklärt worden war.

Die Überzeugung, daß "Deutschland alles zahlen wird", tröstete über die Misere der Kriegerschöpfung hinweg und entschärfte zugleich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein antideutsch bestimmter Nationalismus wurde zum wichtigsten Integrationsmittel einer Gesellschaft, deren innere Friktionen (Reibungen) durch die Kriegserfahrung eher verstärkt und vermehrt als eingeebnet worden waren.<<

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebt, erklärt später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georges Clemenceau (x051/-103): >>Clemenceau, Georges, geboren in Mouilleron-en-Pareds (Vendée) 28.9.1841, gestor-

ben in Paris 24.11.1929, französischer Politiker; Gegner des Friedensvertrages von 1871; Radikalsozialist; Verleger der Zeitschrift "L'Aurore", mit der er in der Affäre um den jüdischen Hauptmann Dreyfus gegen die Antisemiten kämpfte. Clemenceau löste als Ministerpräsident 1906-09 endgültig den französischen Staat von der Kirche und agitierte im 1. Weltkrieg für den äußersten Einsatz aller Kräfte gegen das Deutsche Reich.

Das brachte ihm 1917 diktatorische Vollmachten als neuer Regierungschef, den Vorsitz 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz und wegen seiner verbissenen Härte den Spitznamen "der Tiger" ein. Die überharten und verhängnisvollen Bedingungen des Versailler Vertrages tragen seine Handschrift. Clemenceau zog sich 1920 aus der Politik zurück.<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.

Lloyd George erklärt damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über David Lloyd George (x051/-359-360): >>Lloyd George, David, geboren in Manchester 17.1.1863, gestorben in Llanystumdwy 26.3.1945, britischer Politiker; 1890 liberaler Unterhausabgeordneter, 1905-08 Handelsminister, 1908-15 Schatzkanzler, 1915/16 Kriegsminister, Dezember 16 bis 19.10.22 Premierminister.

Lloyd war im Ersten Weltkrieg entscheidender Motor der britischen Rüstungsanstrengungen und erzielte in den "Khakiwahlen" (sogenannt nach der Uniformfarbe der britischen Soldaten) 1918 einen überwältigenden Wahlsieg.

Er setzte sich für manche Milderung des Versailler Vertrages ein, konnte aber den Grundtenor kaum mäßigen. 1922 gestürzt, war Lloyd weiter Parteiführer, verlor aber seit 1929 allen politischen Einfluß.

Im September 36 besuchte er Deutschland, zeigte sich tief beeindruckt vom nationalsozialistischen "Aufbauwerk" und sprach von Hitler, nach einem Besuch auf dem Berghof, als dem "George Washington Deutschlands". Trotz späterer Distanzierung blieb dieser Begeisterungsausbruch in der öffentlichen Meinung ein Makel.<<

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

Die Londoner "Times" schreibt im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den

nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.

Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! ...<<

>>... Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Als US-Präsident Wilson ("Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Men-

schenrechte) seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes (Wilson's größter Wunschtraum). Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflös und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit (bis 1920) nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

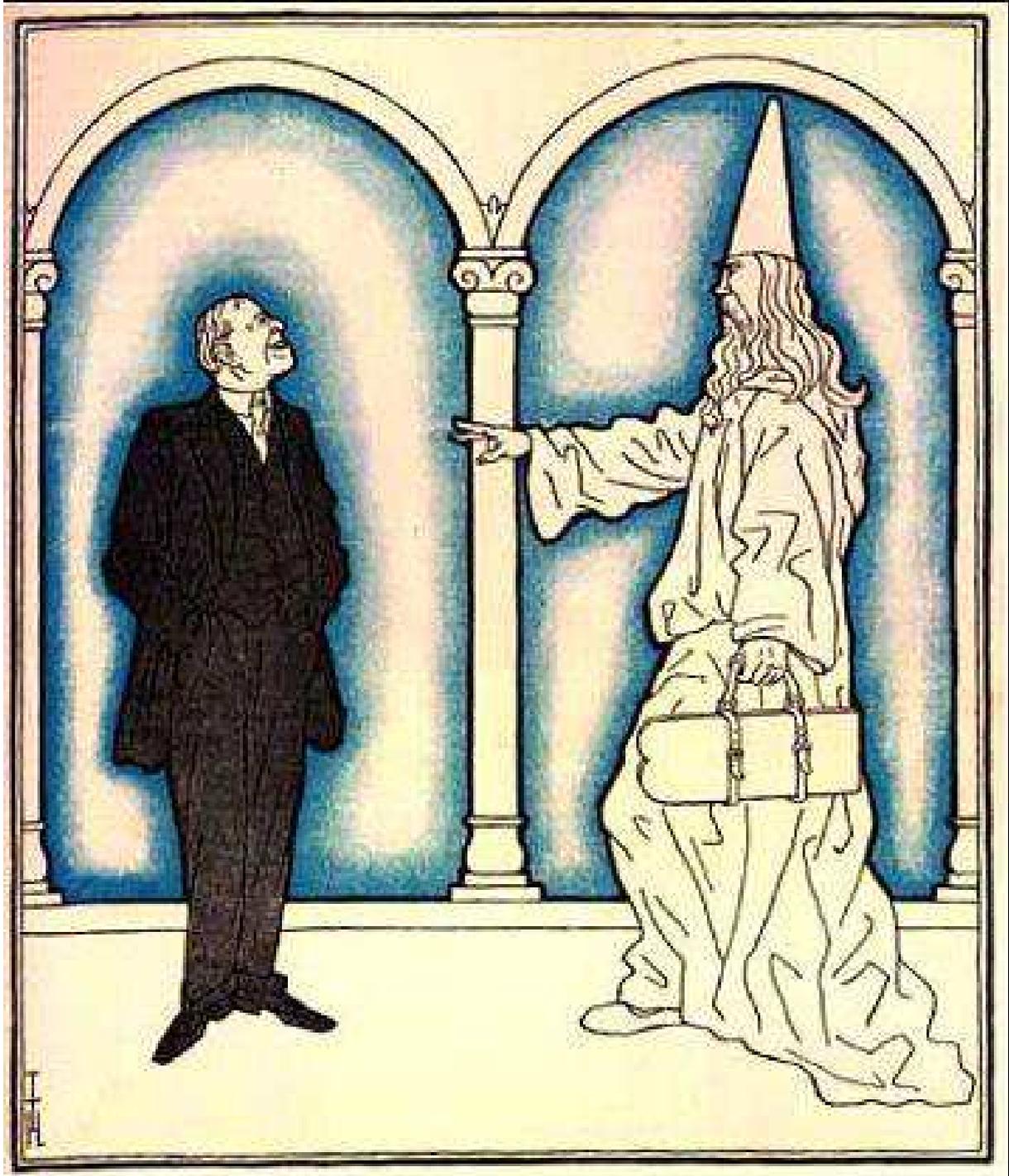


Abb. 54 (x065/369): "**Unter Göttern**": Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten (Simplicissimus vom 17. Juni 1919).

Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab

keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlegruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).

Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.

Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.

Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.

Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deut-

schen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrichtig war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung mit Zustimmung des Präsidenten Raymond Poincaré beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schreibt später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H.G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen.

Jedoch verkennt dieses Verdikt (Urteil), daß zwar Chancen versäumt wurden, aber die Probleme wirklich ungeheuer groß waren. Auf der Pariser Friedenskonferenz konnten sich nicht einfach, wie in vorangegangenen Jahrhunderten die Staatsmänner zusammensetzen und dann wieder zur Tagesordnung übergehen mit "Friede wirkendem Vergessen", wie man das vormals genannt hatte. Nein, gerade die Völker waren im Krieg mit einem aufgeputzten Nationalismus und Haß gegeneinander angetreten und erwarteten nun auch Genugtuung für ihre Opfer, nicht zuletzt die materiellen; denn der Krieg war in Europa durch Raubbau an den Volkswirtschaften finanziert worden.

Das setzte auch die Regierungen der Sieger unter Druck, so daß der amerikanische Präsident kaum als gleichsam unparteiischer Schiedsrichter nachträglich einen unentschiedenen Frieden durchsetzen konnte. Gerade in Ostmitteleuropa gab es unentwirrbare nationale Gemengelagen. Strategische und wirtschaftliche Gründe konnte man darüber hinaus bei der Gründung neuer Nationalstaaten nicht ganz vernachlässigen. Und schließlich galt unausgesprochen, daß man die weithin als Angreifer des Krieges angesehenen Verlierermächte nicht noch nachträglich

durch territoriale Zuwächse gestärkt aus dem Krieg hervorgehen lassen wollte. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.

Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.

Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.

Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige (englisch, französisch und deutsch) Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. Die Leserinnen und Leser der Zwanzigerjahre mußten förmlich den Eindruck gewinnen, in diesem Vertragswerk sei nahezu alles geregelt worden, was dazu angetan sein konnte, die deutsche Position zu schwächen.

So bestimmte, um nur ein skurriles Beispiel zu nennen, Art. 374, daß Deutschland in jedem Falle eine etwaige Kündigung der internationalen Vereinbarung von 1909 über die Schweizer Gotthardbahn mittragen werde.

Man konnte den Vertrag mit gutem Grund nicht nur als "Buch der Sieger", sondern förmlich als Enzyklopädie der Sieger lesen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.

Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in fran-

zösisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.

Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".

Überhaupt waren die Geographiekennntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").

Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schifffahrt von Rhein und Elbe anweisen.

Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosphorus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...

Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigener Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...

Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."

Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.

Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser

Schurke einen solchen Vertrag".

Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."

Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 17.01.2009) über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>**Keim des Zweiten Weltkriegs**

Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz

Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.

Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:

1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.

Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".

Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.

Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen".

Japan war wegen der pazifischen Kolonialbesitzungen Deutschlands in den Krieg eingetreten, hierzu im Gegensatz forderte China für seine Kriegsbeteiligung Tsingtau. China bekam die geforderte Hafenstadt Tsingtau nicht, weil sie Japan zugeschlagen wurde.

Italien forderte Teile Österreich-Ungarns und der Türkei - weit über die Landstriche hinaus, in denen wenigstens eine italienische Minderheit in der Wohnbevölkerung anzutreffen war. Man hatte auch auf afrikanische Kolonien gehofft, aber die teilten sich Großbritannien und Frankreich auf. Italien sah sich getäuscht. Südtirol, das ehemalige österreichische Küstenland und ein Teil der Krain sowie Zadar in Dalmatien, das Kanaltal und einige Inseln in der Ägäis wa-

ren die ganze "Beute". Die Versprechungen hatten weit mehr verheißen. Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen. Nicht am Krieg teilnehmende Länder wie Polen und Dänemark wurden "gebeten", ihre Forderungen zu formulieren. Dänemark wurde angeboten, ganz Schleswig zu annektieren, die Regierung war aber klug genug, sich nach einer Volksabstimmung mit dem überwiegend dänisch besiedelten Nordschleswig zu begnügen. Polen hingegen stellte - kaum daß es seine staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hatte - sehr weitreichende Forderungen und bekam letztlich Gebiete zugesprochen, in denen vor dem Krieg 2,4 Millionen Deutsche gelebt hatten.<<

### **19.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 19. Januar 1919 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen dürfen, erhalten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

### **29.01.1919**

**Deutsches Reich:** In Wilhelmshaven wird am 29. Januar 1919 ein kommunistischer Aufstand nach harten Kämpfen niedergeschlagen.

### **Januar 1919**

**Deutsches Reich:** Die Inflation, die bereits während des Ersten Weltkrieges beginnt, führt zur Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1919 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 52,08 % (x149/42).

**Polen, Tschechoslowakei:** Im Januar 1919 kommt es zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die nach französischen Plänen zu Eckpfeilern gegen Sowjet-Rußland werden sollen, zu heftigen Zusammenstößen. Polnische Truppen besetzen im Januar 1919 deutsche Reichsgebiete in Teschen an der Olsa.

Frankreich teilt das Teschener Industriegebiet später eigenmächtig auf. Polen erhält den kleineren, aber wertvolleren Teil (x041/84).

### **01.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876-1967, seit 1906 Mitglied des Zentrums, 1917-1933 und 1945 Kölner Oberbürgermeister, 1920-1933 Präsident des preußischen Staatsrats, im Dritten Reich aller Ämter enthoben) berät am 1. Februar 1919 in Köln mit den Abgeordneten der Nationalversammlung aller rheinischen Parteien über die Errichtung einer "Westdeutschen Republik".

Diese "Westdeutsche Republik" (Rheinprovinzen bzw. Rheinland) soll vor allem die Stellung Preußens im Deutschen Reich schwächen und den französischen Sicherheitsinteressen entsprechen (x092/777).

### **06.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der SPD-Politiker Friedrich Ebert (Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) eröffnet am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung mit folgender Rede (x092/779): >>Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation.

Besonders herzlich grüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. ...

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. ...

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. ... Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten

und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. ...

Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Aus diesen Akten spricht alte Gewaltpolitik, spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. ...

Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Auch ein sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. ...

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Sinne die Konkursverwalter des alten Regimes, alle Scheuer, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. ...

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. ...

Wie der 9. November 1918 anknüpft an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. ... Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. ...

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7.02.2009) über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**

Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen

Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.

Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.

Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.

Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten. Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.

Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen

legislative Aufgaben wahr. Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämtler im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.

Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.

Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.

Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden", der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.

Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages. Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere Folgen haben würden.

Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.

Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag

an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits beschritten.<<

### **11.02.1919**

**Deutsches Reich:** Die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) wählen Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagt damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschen.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<

### **13.02.1919**

**Deutsches Reich:** SPD, Zentrum und DDP bilden am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählt danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 24.01.2004) über Philipp Scheidemann (x887/...): >>**Scharfe Kritik an der eigenen Partei**

SPD-kritische Exil-Schriften des Sozialdemokraten und einstigen Reichsministerpräsidenten Scheidemann veröffentlicht

Eigentlich müßte der Name Philipp Scheidemann heute noch im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit präsent sein, stand doch dieser sozialdemokratische Politiker an zwei entscheidenden Wendepunkten deutscher Politik im 20. Jahrhundert an bestimmender Stelle.

Scheidemann, damals 51jähriger Staatssekretär in der Reichsregierung, rief am 9. November 1918 ohne Wissen und gegen den Willen Friedrich Eberts in Berlin die Republik aus - wie er sagte, um der drohenden Ausrufung einer kommunistischen Republik zuvorzukommen. Er wurde dann erster Reichsministerpräsident - so die damalige Bezeichnung - der demokratischen Nachkriegsregierung. Aber schon im Juni 1919 trat er von seinem Amt zurück, weil er die harten Bedingungen des Versailler Diktates nicht akzeptieren wollte.

Daß er heute im allgemeinen Bewußtsein keine Rolle mehr spielt, mag darin begründet liegen, daß er nach 1920 nicht mehr in leitenden Positionen in Erscheinung trat und daß er in der SPD nicht wohlgekommen war. Jedenfalls erhielt er, der 1933 zunächst in die Tschechoslowakei, dann nach Dänemark emigriert war, aus dem, wie er schrieb, wohlgefüllten Topf der ins Ausland geretteten SPD-Gelder im Gegensatz zu anderen sozialdemokratischen Ex-Funktionären keine Zuwendungen, was ihn zu bitteren Artikeln über seine Parteifreunde veranlaßte. Er warf ihnen ein zweimaliges gravierendes politisches Versagen vor.

Heftig kritisierte er den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, der Ende des Ersten Weltkrieges das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung einging, um die gewaltsame Übernahme der Regierungsmacht durch die kommunistischen Kräfte zu verhindern. Nach Scheidemann hätte man keinerlei Kompromisse mit den alten Kräften eingehen dürfen, sondern zunächst ganz Deutschland sozialisieren müssen.

Der zweite Vorwurf: Auch 1933 habe es die SPD-Führung an Entscheidungskraft fehlen lassen. Nachdem sie jahrelang behauptet hatte, im Falle einer nationalsozialistischen Machtüber-

nahme brauche sie nur "auf den Knopf zu drücken", um die gewerkschaftlich organisierten Massen zum Generalstreik und damit zum Sturz einer NS-Regierung zu bewegen, zerbröckelte die Partei 1933. Das "ruhmlose Ende der SPD" sei das Ergebnis gewesen.

Scheidemann verhöhnt den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Reichstag, Otto Wels, der getötet hatte: "Wenn die Diktatur sein muß, dann wollen wir sie ausüben!", und der doch nichts getan hatte, um die Massen zu revolutionieren.

Offenbar war im Ausland Scheidemanns Einfluß dahin. Seine Warnungen vor der nationalsozialistisch bestimmten Reichsregierung, die wie er meinte, den Krieg wollte, verhallten ungehört.

Der Band mit den nachgelassenen Papieren enthält im vollen Wortlaut die Rede, die Philipp Scheidemann als Reichsministerpräsident im Mai 1919 vor der Nationalversammlung in der Berliner Universität gehalten hat, als es um die Frage ging, ob Deutschland den von den Siegermächten diktierten Friedensvertrag annehmen sollte. Sie sei vor allem jenen zur Lektüre empfohlen, die heute jeden als rechtsradikal diffamieren, der diesen Vertrag ein "Diktat" nennt.

Daß er ein Diktat war, darin waren sich damals alle deutschen Parteien von rechts bis links einig. Scheidemann nannte in seiner Rede den Vertrag den "schauerlichsten und mörderischsten Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll."

Und er fragte die Abgeordneten: "Wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen, als Deutscher, nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?"

Unter lebhaftem Beifall rief er aus: "Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!"

Das Protokoll verzeichnete "minutenlangen brausenden Beifall im Hause und auf den Tribünen". Und in diesen Beifall rief Scheidemann, es werde "aus Millionen und aber Millionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Parteien, der Ruf erschallen: Weg mit diesem Mordplan!"

Sein Glaube an die internationale Solidarität war eine Illusion, wie sich rasch herausstellte. Nach Scheidemanns Rücktritt unterschrieb dann die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung das Friedensdiktat.

Aufschlußreich die Mitteilung des Herausgebers, daß nach Ende des Zweiten Weltkrieges die sozialdemokratische Parteispitze das Erscheinen dieser nachgelassenen Papiere des 1939 in Kopenhagen verstorbenen ehemaligen SPD-Spitzenpolitikers verhindert hat. Das ist nicht unwahrscheinlich, geschah doch Gleiches Mitte der 60er Jahre, als ein wissenschaftlicher Verlag die Aufzeichnungen des früheren sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske, in denen die SPD-Führung eine erbärmliche Rolle spielt, neu und wissenschaftlich kommentiert herausbringen wollte.

Für einen speziell an der deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts interessierten Leser ist die Lektüre durchaus ein Gewinn.

Philipp Scheidemann: Die vom einstigen Reichsministerpräsidenten im politischen Exil verfaßten Schriften sind von Frank R. Reitzle unter dem Titel "Philipp Scheidemann, Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil" ... herausgegeben worden. ...<<

## **21.02.1919**

**Deutsches Reich:** Kurt Eisner (1867-1919, ein radikaler USPD-Politiker, seit 1918 bayerischer Ministerpräsident) wird am 21. Februar 1919 durch den rechtsradikalen Graf Anton von Arco (1897-1945, österreichischer Staatsbürger) ermordet.

### **03.03.1919**

**Großbritannien:** Die Siegermächte verstärken am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostseeraum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärt am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

### **04.03.1919**

**CSR:** In mehreren Städten (z.B. in Kaaden und in Sternberg) fordern die Sudetendeutschen am 4. März 1919 ihr Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich. Die friedlichen Demonstrationen werden jedoch z.T. gewaltsam beendet (x005/684). 54 Demonstranten werden durch tschechische Milizen erschossen (x025/94).

### **06.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Die Komintern (Kommunistische Internationale) faßt während des Gründungskongresses der III. Internationale vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau alle kommunistischen Parteien Europas straff zusammen und erteilt ihnen verbindliche Anweisungen (x069/141).

In diesen Anweisungen heißt es (x256/59): >>Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik ... zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderliche Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.<<

Lenin bezeichnet die Gründung der III. Internationale (Komintern) als die "Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus" (x041/80).

### **08.03.1919**

**Deutsches Reich:** Der Generalstreik in Berlin und in Thüringen wird am 8. März 1919 nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die Kämpfe fordern etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

### **10.03.1919**

**CSR:** Eine US-Expertenkommission berichtet am 10. März 1919 über die Abtretung des Sudetenlandes (x025/94): >>... Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre es nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll ...

Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die deutsche Menge feuerten, ist – obwohl es im Vergleich zu den Opfern, deren Zeugen wir geworden sind, nur ein Tropfen ist, auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann ...<<

Gemäß den damaligen US-Vorschlägen soll sich der Grenzverlauf überwiegend nach den ethnischen Siedlungsgebieten richten. Das Egerland ist danach Bayern, Nordböhmen ist Sachsen und das Sudetenland ist dem preußischen Teil Schlesiens anzugliedern. Der österreichische Teil Schlesiens soll aufgeteilt und der CSR, Polen sowie dem Deutschen Reich zugeordnet werden.

Ein französischer Vorschlag zur Lösung des deutschen Minderheitenproblems lautet jedoch schon damals: "Ausweisung aller Deutschen"!

Die tschechischen Politiker Masaryk und Benesch lehnen eine Vertreibung der Sudetendeutschen jedoch strikt ab, weil man den neuen Staat nicht mit völkerrechtswidrigen Massenausreibungen und hohen Entschädigungen belasten will. Die deutschen Arbeitskräfte werden außerdem dringend benötigt (x028/49).

#### **14.03.1919**

**Österreich:** Die österreichische Nationalversammlung spricht sich am 14. März 1919 für den Anschluß an das Deutsche Reich aus.

#### **20.03.1919**

**Deutsches Reich:** Polnische Truppen besetzen am 20. März 1919 Danzig.

#### **22.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Ein bolschewistischer Parteifunktionär schreibt am 22. März 1919 an Lenin, um über die verbrecherischen Aktivitäten der Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU) zu berichten (x265/118): >>... In dieser von Kriminalität, Gewalt und Willkür verseuchten Organisation, wo Schurken und Verbrecher den Ton angeben, richten bis an die Zähne bewaffnete Männer jeden hin, der ihnen nicht paßt.

Sie dringen in die Häuser ein, plündern, vergewaltigen, nehmen Leute fest, bringen Falschgeld in Umlauf und verlangen von den Leuten Krüge voll Wein, um anschließend die, von denen sie den Wein bekommen haben, zu erpressen und sie schließlich gegen eine 10- oder 20mal so hohe Summe wieder laufen zu lassen.<<

#### **März 1919**

**USA:** Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nord-amerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzt, dürfen Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

General J. F. Fuller schreibt später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

#### **06.04.1919**

**Deutsches Reich:** In München verjagen Kommunisten am 6./7. April 1919 die bayerische Landesregierung und bilden eine Räteregierung.

#### **16.04.1919**

**CSR:** Am 16. April 1919 beschließt die Regierung der CSR ein Gesetz zur Durchführung der Bodenreform.

Bis Oktober 1919 werden fast alle deutschen Großgrundbesitzer (die ca. 30 % der Fläche des Sudetenlandes besitzen) enteignet. Die Grundstücke werden zu 94 % an Tschechen verteilt (x206/26).

#### **28.04.1919**

**Frankreich:** Die Satzung des Völkerbundes wird am 28. April 1919 durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wird damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

#### **Der Völkerbund**

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer

des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war deshalb zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Kopplung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).

Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache. Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.

Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen. Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst. US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.

Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.

Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte

vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.

Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.

Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.

Organe des Völkerbundes:

1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.

Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.

Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.

Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.

Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.

Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.

Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht

zu belasten.

Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.

Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.

Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<

#### **April 1919**

**Frankreich:** Ende April 1919 empfängt Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!

Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... (Wir sind aber einmütig entschlossen), sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen. ...<<

#### **07.05.1919**

**Frankreich:** Am 7. Mai 1919 übergibt Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119): >>Die Stunde der Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen - wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann. ...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928, von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau), Sprecher der deutschen Delegation, antwortet daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

#### **09.05.1919**

**Deutsches Reich:** Der SPD-Vorstand ruft am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Reichsminister Erzberger erklärt am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" ist die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" soll offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wissen, daß eigentlich kein Staat den Ersten Weltkrieg bewußt bzw. vorsätzlich verschuldet hat, wird in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegausbruch verantwortlich gemacht.

Der nordamerikanische Journalist Villard berichtet über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?

Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wiederaufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflieg, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<

### **11.05.1919**

**Deutsches Reich:** Der evangelische Theologe Otto Dibelius (1880-1967, seit 1945 Bischof) erklärt am 11. Mai 1919 während einer Predigt in Berlin (x340/188): >>Ein Volk, das seinem eigenen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hat, das seine Brüder und Schwestern preisgegeben hat, um den Feinden im leichtsinnigen Vertrauen die Friedenshand hinzustrecken, ein Volk, das seine furchtbare Niederlage mit Streiks und Tanzvergnügen feiert ... ein solches Volk hat ein hartes Gericht verdient von den Händen eines gerechten Gottes. ...<<

### **12.05.1919**

**Deutsches Reich:** Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnt die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Philipp Scheidemann (1865-1939) erklärt im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780, x069/119): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

>>... Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten?

Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegenbleibt. Dabei würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlicht später (am 28. Juni 2009) den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trägt jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**

*von Philipp Scheidemann*

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten,

um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

**"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"**

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsternen Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)

Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.

Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhaftes Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stachel-

draht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

### **"Deutschland aus der Welt wegzuradiieren"**

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradiieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die

Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschatz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!*)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

### **"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"**

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In

den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Aufblühen chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutschland, Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhaft Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhaft Zustimmung*)

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

### **"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"**

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhaft Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundheit führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer

Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

Konstantin Fehrenbach (1852-1926, Zentrumspolitiker, 1920/21 deutscher Reichskanzler) hält danach am 12. Mai 1919 eine feierliche Schlußrede (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

### **22.05.1919**

**Großbritannien:** Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schreibt am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...

Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.

Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

### **26.05.1919**

**Frankreich:** Nach Bekanntgabe der französisch-britischen Friedensbedingungen treten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verläßt, schreibt am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...

Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenkten.<<

### **30.05.1919**

**Südafrika:** Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General, 1919-24 und 1939-48 südafrikanischer Ministerpräsident) schreibt am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir ihnen gegenüber (den Deutschen) unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen,

daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

### **Mai 1919**

**Deutsches Reich:** Nach monatelangen schweren Kämpfen (mit über 3.000 Toten) setzen sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlagen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Die bayerische Landesregierung muß damals Freikorps (ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht) einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügt. Die Freikorps werden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt.

Diese Freikorps entwickeln sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammeln sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die später "Fememorde" begehen oder sich der rechtsradikalen NSDAP anschließen.

**Litauen:** Da Litauen eine Wiedervereinigung mit Polen entschieden ablehnt, besetzen polnische Truppen im Mai 1919 Teile Litauens mit der Hauptstadt Wilna, um Litauen gewaltsam in den polnischen Staat einzugliedern (x064/126).

### **07.06.1919**

**Österreich:** Die österreichische Nationalversammlung protestiert am 7. Juni 1919 gegen die Friedensbedingungen von Saint-Germain-en-Laye bzw. gegen das "Todesurteil für Deutsch-Österreich" (x034/52): >>... Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns eingliedern als freier Staat in die große Deutsche Republik.<<

### **14.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die Delegierten des 8. Pazifistenkongresses lehnen am 14. Juni 1919 die harten Friedensbedingungen gegen Deutschland ab, obwohl sie die deutsche Kriegsschuld anerkennen.

### **16.06.1919**

**Deutsches Reich:** Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, fordern die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohen mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

In dieser Note der Siegermächte heißt es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...

Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb (von) 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... (Sie haben) sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<

>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

**17.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" (1896 in München gegründet) schreibt am 17. Juni 1919: >>... Als US-Präsident Wilson in den Himmel kommt, fragt ihn Gott: Thomas Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten!<<

**20.06.1919**

**Deutsches Reich:** Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Friedensbedingungen entschieden ablehnen, tritt die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert bleibt trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt.

Die SPD-Fraktion beschließt danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

**21.06.1919**

**Deutsches Reich:** Am 21. Juni 1919 läßt der deutsche Konteradmiral Ludwig von Reuter (1869-1943) bei Scapa Flow (Bucht in den Orkneyinseln) die von den Briten internierte deutsche Kriegsflotte (6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer) von den deutschen Besatzungsmitgliedern versenken, obgleich die deutschen Kriegsschiffe an die Siegermächte ausgeliefert werden sollen.

**22.06.1919**

**Deutsches Reich:** Die Mehrheit der Nationalversammlung ist am 22. Juni 1919 unter Vorbehalt (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnen den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautet schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).

Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärt Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!

Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ... (Ich rufe auf zum) Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Der SPD-Politiker Paul Löbe (1875-1967, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, danach bis 1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 und 1944 vorübergehend inhaftiert, 1949-53 Mitglied des Bundestages) erklärt vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.

Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein ent-

rechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.  
Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<